Protokoll

Hybride Sitzung Beirat Bürgerbeteiligung, 22.09.2022, 17:00 Uhr

Ort: Online, Bigbluebutton-Konferenz sowie Beratungsraum 1 a+b im Rathaus

Mitglieder des Beirates: Torsten Hohberg, Roman Sass, , Antje Hagemann, Dr. Carsten Penzlin, Elke Schmidt, Filip Montz, , Patricia Fleischer, Eliesabeth Walter, Stephan Porst

Verwaltung: Cornelia Josephine Ulrich, Maxi Geldschläger, Sebastian Hampf

Gäste: Dr. Tom Rückborn

entschuldigt: Torsten Schulz, Melanie Heller, Norbert Kißhauer, Juliane Dieckmann, Björn Schmidt

- 1. Begrüßung
- 2. Änderung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung des Protokolls
- 4. #rostockistbunt
- 5. Vorhaben "Radschnellweg durch den Barnstorfer Wald"
- 6. Studio Südstadt
- 7. Sonstiges

Zu 1. Begrüßung

Filip Montz begrüßt alle anwesenden Mitglieder vor Ort und digital. Des Weiteren begrüßt er die Leiterin des Amtes für die menschenfreundliche Stadt, Maxi Geldschläger, als auch den Vorsitzenden des Ortsbeirates Hansaviertel, Dr. Tom Rückborn.

Zu 2. Änderung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung

Zu 3. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Zu 4. #rostockistbunt

Die Veranstaltung hat aufgrund einer amtlichen Unwetterwarnung nicht stattgefunden. Einen Nachholtermin in diesem Jahr wird es nicht mehr geben. Das Smile City Projekt möchte ihre Themen, die sie bei der Veranstaltung platzieren, demnächst abfragen. Sobald der Termin genannt wird, werden die Mitglieder informiert.

Zu. 5. Vorhaben "Radschnellweg durch den Barnstorfer Wald"

Keine Rückmeldung aus dem Amt für Mobilität, aber der Ortsbeirat Gartenstadt hat in seiner Septembersitzung folgenden Beschlussvorschlag gefasst:

Der Oberbürgermeister der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird beauftragt, im Zuge des geplanten Radschnellweges Rostock Hauptbahnhof - Warnemünde, für den Abschnitt zwischen "Brauhaus Trotzenburg" und dem Groß-Schwaßer-Weg keine Arbeiten zu vergeben bzw. auszuschreiben, solange es keinen Beschluss über die Routenführung des Radweges gibt. Auch

sollen keine vorbereitenden Maßnahmen der Stadt, die einen Eingriff in die Natur zur Folge hätten, ausgeführt werden.

Sachverhalt:

Zu einer modernen Stadt mit moderner Infrastruktur, gehören auch gute Radwege. Das ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Um den gewollten Klimaschutz nicht entgegenzuwirken, ist es essenziell, dass für den o.g. Abschnitt des geplanten Radschnellweges, der durch ein sensibles Waldgebiet führt, die beste Lösung gefunden wird. Im Ortsbeirat Gartenstadt/Stadtweide wird schon länger über die Möglichkeiten der Routenführung kontrovers diskutiert. Da wir je nach Variante von bis zu 359 Baumfällungen und 6000 m2 Versieglung sprechen, ist ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens, bezüglich der Wegeplanung notwendig. Hier sollten alle Beteiligten (Ämter, OBR, Bürger, Radfahrer und Umweltschutzorganisationen) zusammenarbeiten. Es ist wichtig, dass im Vorfeld keine Tatsachen geschaffen werden!

Dazu gab es schon eine Stellungnahme der Verwaltung, welche bereits in der Tagesordnung der Bürgerschaft und der jetzt zeitgleichen Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung nachzulesen ist. Dazu heißt es:

Sachverhalt:

Eine Beschlussfassung der Rostocker Bürgerschaft zu diesem Antrag des Ortsbeirates ist entbehrlich da:

- die Planung des Abschnittes "Brauhaus Trotzenburg" bis Groß-Schwaßer-Weg bereits seit 2018 an ein Ingenieurbüro beauftragt ist und bearbeitet wird.
- Ortsbeirat, Öffentlichkeit und einzelne Vertreter des OBR (Bauausschuss) sowie Fahrradforum und BUND frühzeitig z.T. mehrfach beteiligt/ informiert wurden (dies bereits in der Vorplanung) und weiterhin ständig beteiligt werden.
- ein Sondierungsgespräch mit vorab Benannten inkl. RSAG und Zoo am 15.09.22 stattfand und besprochen wurde, dass im Rahmen der technischen Möglichkeiten Optimierungen des Flächenverbrauches für Entwässerungseinrichtungen mit dem Ziel des Erhalts von Bäumen zu untersuchen sind.
- Ausschreibungen von Bauleistungen sowie die Ausführung von Bauleistungen grundsätzlich erst nach einer bestätigten Genehmigungsplanung und nachfolgender Ausführungsplanung erfolgen und damit sichergestellt ist, dass "im Vorfeld keine Tatsachen geschaffen werden" oder vorbereitende Maßnahmen wie Baumfällungen ohne Fällgenehmigung ausgeführt werden.

Des Weiteren haben die CDU/UFR Fraktion und die Fraktion der Grünen folgende Änderungsantrag gestellt:

Der Beschlussvorschlag wird ersetzt, indem er um die unterstrichenen Passagen ergänzt wird:

Der Oberbürgermeister der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird beauftragt, im Zuge des geplanten Radschnellweges Rostock Hauptbahnhof - Warnemünde, für den Abschnitt zwischen "Brauhaus Trotzenburg" und dem Groß-Schwaßer-Weg keine <u>ausführenden</u> Arbeiten zu vergeben bzw. auszuschreiben, solange es keine <u>bestätigte</u> Routenführung des Radweges gibt. Auch sollen <u>vorher</u> keine vorbereitenden Maßnahmen der Stadt, die einen Eingriff in die Natur zur Folge hätten, ausgeführt werden.

<u>Planungen sollen selbstverständlich weiter erfolgen.</u>
<u>Bei den Planungen ist die mögliche Streckennetzerweiterung der Straßenbahn</u> entlang des Barnstorfer Rings zu berücksichtigen.

Es wird das Ziel und der Inhalt des Antrags des Ortsbeirates aufgegriffen. Damit eine weitere Variantenprüfung möglich ist, sollen aber weitere Planungen ermöglicht werden und dabei auch die mögliche Erweiterung des Straßenbahnnetzes in diesem Bereich Berücksichtigung finden. Frau Schmidt: Das fehlende Statement vom Amt für Mobilität an den Beirat für Bürgerbeteiligung ist sehr frustrierend.

Herr Hohberg: Der Ortsbeirat hat zumindest eine Antwort auf ihren Beschlussvorschlag erhalten, dazu hat der Beirat auch seinen Beitrag geleistet.

Herr Dr. Carsten Penzlin: Mit der Empfehlung war angestrebt, eine Beteiligung der ganzen Stadt zu erwirken. Dabei soll es auch bleiben: Die Ergebnisse der Planung sollen in einer ersten Veranstaltung präsentiert werden und Input eingeholt werden, in einer zweiten Veranstaltung soll aufzeigt werden, ob und wie die eingegangenen Vorschläge verarbeitet werden. Sehr herablassend, wie mit dem Beirat umgegangen wird. Hier wird nicht auf Augenhöhe miteinander gearbeitet.

Frau Fleischer: Anfrage an das Amt für Mobilität, um eine Stellungnahme zu erhalten, anschließend sollten wir entscheiden, wir wie weiter verfahren.

Frau Walter: Hat der Beirat ein Druckmittel?

Herr Montz: Beirat hat nur empfehlenden Charakter, wir brauchen Verbündete, bspw. die Ortsbeiräte, wie es jetzt mit dem Radschnellweg in der Gartenstadt geklappt hat.

Herr Dr. Penzlin: Bürgerschaft muss die Entscheidung nun treffen, wie es im Antrag formuliert wurde.

Herr Dr. Rückborn: Im Ortsbeirat Hansaviertel wurde das Thema bei der letzten Sitzung nicht behandelt, da man jetzt die Entscheidung über den Antrag des OBR Gartenstadt abwarten möchte.

Herr Porst: Das Amt für Mobilität war in der zeitgleich stattfindenden Ausschusssitzung dabei und hat erneut erklärt, dass genügend Beteiligung stattgefunden hat und alle relevanten Akteure eingebunden waren. Der Antrag der Grünen und CDU/UFR-Fraktion wurde angenommen.

Herr Dr. Penzlin: Es braucht aber breite Beteiligung zu dem Thema. Es möchte das Thema in seine Fraktion bringen und es soll ein Antrag entstehen.

Frau Fleischer: Trotzdem sollte beim Amt für Mobilität um Stellungnahme gebeten werden, es muss behaarlich drangeblieben werden. Bei Empfehlungen sollen immer Fristen eingesetzt werden. Wozu wurden denn im Leitfaden Kriterien festgelegt, wann eine Beteiligung erforderlich ist, wenn sie nicht verwendet werden?

Herr Porst: Was ist die Reaktion des Amtes?

Frau Ulrich: Schleppende Kommunikation. Es herrschen unterschiedliche Auffassungen, was das Thema Beteiligung betrifft.

Herr Porst: Aus Sicht des Amtes wurde mitgeteilt, dass genügend Beteiligung stattgefunden hat.

Frau Schmidt: In der letzten Sitzung haben die Akteure aber eine Sichtweise präsentiert. Natürlich hat "Beteiligung stattgefunden, aber der Beirat hat eine andere Definition von Beteiligung. Der Anztrag des OBR ist richtig, die Klausur sollte genutzt werden, um dieses Thema aufzuarbeiten.

Herr Sass: Es sollte eine Antwort beim Amt für Mobilität erbeten werden.

Herr Dr. Rückborn: OBR möchte Brief an Herrn Loba verfassen, in dem es heißt, dass der OBR frühzeitig im Sinne des Leitfadens und der Stufe der Beteiligung informiert werden soll.

Frau Fleischer: Leitfaden für mitgestaltende Bürgerbeteiligung im Brief erwähnen, ist die Grundlage unserer Arbeit.

Herr Porst: Der Beirat sollte dieses Vorgehen unterstützen.

Frau Schmidt: Breite Bürgerbeteiligung muss klar kommuniziert werden, der Diskurs ist wichtig!

Herr Dr. Rückborn: Der OBR dient als Einleiter der Beteiligung. Best Practise Beispiele benennen, damit andere Ortsbeiräte von der Idee der breiten Beteiligung begeistern können.

Antrag: Wie soll breite Beteiligung bei dem Vorhaben aussehen?

- 1. Erste Veranstaltung über den Planungsstand, Ergebnisse sollen diskutiert werden, Ideen eingebracht werden.
- 2. Veranstaltung über die neuen Pläne, Nachvollziehbarkeit, welche Ergebnisse eingeflossen sind und welche nicht.

Gruppen sollen benannt werden, Ort und Tag soll benannt werden! Der Beirat soll exakt benennen, wie er sich Beteiligung vorstellt.

Über ein Tablet soll gemeinsam an diesem Antrag geschrieben werden, die Koordinierungsstelle bereitet es vor.

Bis 29.09. soll es fertig sein, es wird dann de OBR zugesendet.

Zu 6. Studio Südstadt

Frau Ulrich erklärt kurz den Prozess:

Erstellung eines Rahmenplans für ein Wohngebiet in der Südstadt. Die Themen Wohnen, Frei-/Grünflächen und Mobilität sollen in diesem Prozess gleichberechtigt werden behandelt werden. Wichtige Akteure sind neben den einzelnen Fachämtern die Anwohnenden sowie bestimmte Nutzer:innengruppen und die Wohnungsgesellschaften, die Besitzer der Flächen sind. Im Herbst soll der der Beteiligungsprozess gestartet werden, mit einem niedrigschwelligen Angebot. Ein Beteiligungsbüro ist engagiert, des Weiteren gibt es ein Forschungsprojekt, bei dem digitale Elemente in der Beteiligung eingesetzt werden (XR). Dazu soll es einen digitalen Workshop sowie Spaziergänge und 3D-Modelle verwendet werden. Es soll zu Beginn des Prozesses nicht direkt Tatsachen gezeigt werden, Niedrigschwelligkeit ist wichtig!

Wie kann das digitale in den Beteiligungsprozess eingebunden werden.

Frau Schmidt: Was soll das Ergebnis sein?

Frau Ulrich: Zunächst ein Rahmenplan, anschließend ein B-Plan. Die Stadtentwicklung war Initiator des Prozesses.

Veränderungen müssen durchgeführt werden, damit es einen Steuerung geben kann.

Frau Schmidt: Wichtig, dass es keine zu große Flächenversiegelung gibt.

Herr Sass: Ist der Gestaltungsbeirat dabei? - Ist dabei.

Frau Fleischer: Die Südstadt hat eine Vergangenheit, die berücksichtigt werden muss. Bürgerinitiativen haben sich gegründet, große Beteiligungswerkstatt gemeinsam mit der Verwaltung durchgeführt, gute Ergebnisse, die auch im Prozess Verwendung finden müssen. Die Südstadt fängt nicht bei null an. Sorge: Nicht alle werden mitgenommen, Digitale Beteiligung schließt die größte Gruppe aus: die Senior:innen. Es müssen alle mitberücksichtigt werden!

Die Liste der Multiplikator:innen soll dem Beirat zugesendet werden, um diese zu finalisieren.

Welche Rolle soll der Beirat haben?

Frau Fleischer: Evaluierung des Prozesses ist sinnvoll, Austausch zwischen Beirat und dem Beteiligungsbüro über das Beteiligungskonzept. Einige Mitglieder sollen eng in den Prozess miteingebunden werden, die Zeit haben.

Herr Porst: Stadtteilspaziergänge sollen stattfinden! - Finden statt

Frau Schmidt: Beirat soll konsultiert werden und über die verschiedenen Ergebnisse und Konzepte diskutieren. Planungsbüro soll eingeladen werden!

Zu 7. Sonstiges:

Am 24.09. von 14 - 16 Uhr Veranstaltung zu "Fritz schafft Platz" Informationsveranstaltung zum aktuellen Stand.

Zur nächsten Sitzung Smile City einladen? Aufteilung der nächsten Sitzung in öffentlichen und nichtöffentlichen Teil, außerdem Nachfrage beim Amt für Mobilität über das Vorhaben "Radschnellweg"

Für November BUGA-Beirat einladen um über den Beteiligungsprozess zu sprechen.